

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 24

ersch. am Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 10. Juni 1928

Geschäftsstelle: Berlin O2, Neuer Markt 5-12 IV.
Telefon: Berlin E2, Stülergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

44. Jahrgang

Die Organisation der Arbeitsaufsicht!

(303.) In Deutschland besaßen sich zurzeit noch drei Körperschaften mit der Durchführung des Arbeitsschutzes: die Gewerbeaufsicht, die Berufsgenossenschaft und die Polizei. Ein von der Regierung entworfenes neues Arbeitsschutzgesetz hat im allgemeinen die alte Organisation zur Grundlage und lediglich eine Vereinfachung des geltenden Rechtes zum Zwecke, wobei allerdings auch einige kleine Verbesserungen vorgesehen sind. Im Interesse einer wirklich durchgreifend einheitlichen Gestaltung des Arbeitsschutzes haben deshalb die freien Gewerkschaften Abänderungsanträge zur Regierungsvorlage aufgestellt, die auf die Beseitigung des bestehenden Nebeneinanders von Körperschaften hingingen und verlangen, daß das Reich Träger der Arbeitsaufsicht und bei der Durchführung des Arbeitsschutzes die Arbeiterschaft weitgehend herangezogen wird.

Vor allem wird dabei Nachdruck darauf gelegt, daß der Unfallchutz nicht mehr vom allgemeinen Arbeitsschutz getrennt wird. „Wissen wir doch heute,“ so schreibt die „Gewerkschaftszeitung“, „daß Unfälle durchaus nicht allein auf Maschinen zurückzuführen sind, vielmehr können sie ebenjogut durch schlechte Raumeinteilung, ungünstiges Licht, durch Ermüdung infolge von Heßarbeit, schlechte Akkorde, ungenügende Entlüftung usw. entstehen.“

Mit der Eingliederung der Unfallverhütung in die Arbeitsaufsicht soll ein Zustand geschaffen werden, der sich bereits in allen Ländern außerhalb Deutschlands als praktisch und durchführbar erwiesen hat. Der Vorschlag der Gewerkschaften, das Reich zum Träger der Arbeitsaufsicht zu machen, wird wahrscheinlich in den Kreisen der beteiligten Behörden das weitestente Entgegenkommen finden. Das Schwerkrieg der künftigen Reichsarbeitsaufsicht soll wie bisher bei den lokalen Arbeitsaufsichtsämtern liegen. Die Beaufsichtigung derselben und die Durchführung eingehender Untersuchungen auf den Gebieten des Arbeitsschutzes ist dann Sache von Landesarbeitsaufsichten, während die Reichsarbeitsaufsicht nur für die Einheitlichkeit in der großen Linie der Durchführung des Arbeitsschutzes zu sorgen hätte.

Bei der Zusammensetzung der Arbeitsaufsichtsämter sollen angesichts der wachsenden Bedeutung der gewerbehygienischen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Aufsichtsbeamten die

Ämter gleichmäßig mit je einem Techniker (oder Chemiker), Mediziner und Volkswirtschaftler besetzt werden. „Größtes Gewicht aber müssen die Gewerkschaften auf die endliche Erfüllung des Jahrzehnte alten Wunsches der Arbeitnehmerschaft auf Einstellung von Arbeitnehmern in den Arbeitsaufsichtsdienst legen. Was bisher in dieser Richtung in den Ländern geschehen ist, genügt in den wenigsten Fällen den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft.“ Der Abänderungsentwurf der Gewerkschaften sieht daher grundsätzlich eine starke Vermehrung der Aufsichtsbeamten aus der Arbeiterschaft vor.

Große Bedeutung legen die Gewerkschaften der Selbstverwaltung in der Arbeitsaufsicht bei, denn der Arbeitsschutz steht und fällt mit der Tüchtigkeit der Arbeitsaufsichtsbeamten. Der Abänderungsentwurf regelt daher eingehend die Anforderungen an Vor- und Ausbildung sowie Prüfung der Arbeitsaufsichtsbeamten und fordert in diesen Punkten, wie bei der Besetzung der Ämter selber, ein weitgehendes Mitwirkungsrecht des Selbstverwaltungskörpers, d. h. von ständigen Ausschüssen, die sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeiter und zu einem Drittel aus Delegierten der Unternehmer zusammensetzen sollen. Diese Zusammensetzung ergibt sich notwendigerweise aus der Ueberlegung, daß es sich beim Arbeitsschutz um das Recht der Arbeiter auf eine unfall- und gesundheitsichere Beschaffenheit ihrer Arbeitsstätte, für die Unternehmer dagegen um öffentlich-rechtliche, aus dem Allgemeininteresse der Gesellschaft an der Erhaltung der Arbeitskraft ihrer Mitglieder entspringende Pflichten handelt.

Eine im wissenschaftlichen Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Arbeit“ (Februar) veröffentlichte, ausführliche Darstellung des Gegenentwurfes der Gewerkschaften schließt mit folgenden Worten: „Diese Ausführungen werden gezeigt haben, daß es den Gewerkschaften erst mit einem gründlichen Ausbau der Arbeitsaufsicht ist. Man darf annehmen, daß sie in diesem Streben von allen einsichtigen Kreisen unterstützt werden. Arbeitskraft ist Volkskraft! Wem an der Gesundheitshaltung unserer Arbeiterschaft und damit unseres Volkes gelegen ist, muß sich daher für die Verwirklichung des Gegenentwurfes der Gewerkschaften einsetzen.“

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Reichsakkordlohnstarif zum VDB-Vertrag.

Wie wir in Nr. 23 der „Buchbinder-Zeitung“ schon mitteilten, saßen seit dem 31. Mai Vertreter unserer Organisation und des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer in Leipzig zusammen, um in gemeinschaftlicher Beratung eine Verständigung über die beiderseits gestellten Abänderungsanträge zum Reichsakkordlohnstarif herbeizuführen.

Nach dem Stand der Verhandlungen am 3. Juni machen diese nicht den Eindruck, daß sich eine Verständigung finden ließe. Bei den Beratungen über die gestellten Anträge zum Decken machen und Fertigmachen erklärten die Unternehmer, daß sie nicht bereit seien, irgendwelche Erhöhungen vorzunehmen, da die erzielten Verdienste nicht als unzureichend angesehen werden könnten. Der Durchschnittsstundenlohn für das ganze Reich sei nach einer gewissenhaften Statistik bei den Deckenmachern 1,50 Mk. und bei den Fertigmachern 1,60 Mk. Dies seien Löhne, von denen man nicht sagen könne, daß sie in einem ungesunden Verhältnis zum tariflichen Stundenlohn ständen. Dem Einwand unserer Vertreter, daß die Akkordpreise seit Jahren nicht erhöht worden seien, begegnete man damit, daß man sagte, die letzte Erhöhung der Akkordpreise im Jahre 1925 sei zu hoch und Decken- und Fertigmacher seien im Verhältnis zu den Stundenlohnarbeitern zu gut gestellt gewesen. Die tariflichen Zeitlöhne seien den Akkordverdiensten etwas näher gebracht worden und das sei nur recht und billig gewesen. Soweit es sich um Akkordpreise handle, die nachgewiesenermaßen unzureichend seien, werde man sich zu verständigen suchen.

Die Einzelberatungen, die von morgens bis abends andauerten, brachten zunächst einmal eine Durchberatung der Preise für Decken machen, Fertigmachen und Pressen. Für alle drei Abteilungen hat sich bisher eine Einigung nicht erzielen lassen, lediglich einige kleine Aufbesserungen wurden beim Pressen bezüglich des Golddruckes vorgenommen. In letzter Stunde hat man noch insofern eine Erleichterung zugestanden, daß der Abzug für Foliedruck bei Einbanddecken in den Formaten von 1 bis 11 von 15 Proz. auf 7½ Proz. und in den Formaten von 12 bis 14 von 15 Proz. auf 10 Proz. herabgesetzt wurde. Bei Foliedruck auf Umschlägen und anderen ähnlichen Arbeiten soll der Zuschlag im Format von 1 bis 11 von 15 Proz. auf 10 Proz. herabgesetzt werden. Eine endgültige Einigung für das gesamte Pressen wurde gleichfalls noch nicht herbeigeführt.

Weiter ist mir die Tabelle der Invalidenunterstützung, wie sie der Verbandsvorstand vorschlägt, zu kompliziert. Man sollte doch eine einfache Unterstützungsform, ähnlich wie bei der Arbeitslosenunterstützung, zugrunde legen, aus der jeder Kollege nach seinen gezahlten Beiträgen die Höhe der Unterstützung erfahren kann. Die Staffel „über 50 Jahre“ halte ich für überflüssig, da wohl kaum ein Kollege in diesem Alter die Karenzzeit erreichen wird. Die Frauen der Kollegen jetzt schon in die Invalidenunterstützung mit aufzunehmen, halte ich für verfrüht. Wir wollen erst mal etwas für die Kollegen schaffen und sehen, wie hoch die Lasten werden.

Calow (Berlin).

Der Pflichtbeitrag.

Der vom Verbandsvorstand beantragte Pflichtbeitrag wird voraussichtlich in verschiedenen Zahlstellen auf Widerstand stoßen. Es empfiehlt sich deshalb, den eigentlichen Ursachen, die zu dem Antrag geführt haben, etwas nachzugehen. Der Gedanke des Pflichtbeitrages ist nicht neu, er ist auf früheren Verbandstagen schon mehrfach behandelt worden, ohne daß es freilich zu seiner Annahme gekommen wäre. Wenn der Antrag jetzt trotzdem erneut eingebracht wird, dann müssen hierzu schon zwingende Gründe vorliegen. Maßgebend ist jedenfalls nicht allein die Tatsache, daß 22 Verbände den Pflichtbeitrag bereits eingeführt haben, es soll damit nur seine praktische Durchführbarkeit nachgewiesen werden.

Die Ursache zu dem Antrag ist wohl darin zu suchen, einen nach jeder Richtung hin einwandfreien Mitgliederbestand zu haben. In vielen, besonders den größeren Zahlstellen, liegen Hunderte von Büchern und Karten, deren Inhaber sich krank oder arbeitslos gemeldet haben, dann aber nie wieder etwas von sich hören lassen. Dies trifft besonders auf die nichtbezugsberechtigten Mitglieder und ausgesteuerten Frauen zu. Diese werden oft viele Monate lang als erwerbslos weiter geführt, ohne daß sie eigentlich noch Mitglieder sind. Sie sind entweder in andere Berufe abgewandert oder sie sind sonst auf irgendeine Weise verschwunden. Dem einzelnen Fall nachzugehen, ist meistens nicht möglich, da besonders in den Großstädten die Mitglieder oft 3 bis 4 Stunden im Umkreis wohnen. Daß diese Kollegen selbst auf ihre Mitgliedschaft so viel Wert legen, um sich rechtzeitig zu melden, kommt nur in den seltensten Fällen vor, denn es sind zum großen Teil solche Mitglieder, die nur unter dem Druck der Verhältnisse zum Verband gekommen sind und mit dem Ausscheiden aus dem Betrieb auch ihre Mitgliedschaft wieder fallen lassen. Diese Umstände, die durchaus nicht vereinzelt sind, müssen aber mit der Zeit zu einer vollständigen Verwässerung unserer Statistik über den jeweiligen Mitgliederbestand führen. Hier kann nur durch den Pflichtbeitrag eine durchgreifende Wenderung herbeigeführt werden. Der Pflichtbeitrag muß natürlich denkbar niedrig gehalten sein, denn er soll ja nicht den Zweck haben, der Verbandskasse besondere Mittel zuzuführen, sondern er soll nur als Bindemittel zwischen den erwerbslosen Mitgliedern und dem Verband gelten. Es würde m. E. genügen, wenn für die erste bis dritte Klasse fünf Pfennig und für die vierte und fünfte Klasse zehn Pfennig erhoben würden.

Nun ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß es den langfristigen Erwerbslosen schwer fallen dürfte, selbst diesen geringen Beitrag zu zahlen. Hier müßte noch ein Weg gefunden werden, um auch diesen Mitgliedern die Erhaltung ihrer Rechte zu ermöglichen. Vielleicht könnte man diesen bis zu einer gewissen Zeit ein Ruheentgelt der Mitgliedschaft gestatten. Damit würden sie zwar aus der Reihe der Mitglieder ausscheiden und den Mitgliederbestand nicht mehr beeinflussen, zum anderen aber würden sie sich ihre erworbenen Rechte erhalten.

Jedenfalls empfiehlt es sich, die gestellten Anträge nicht gleich nach oberflächlicher Beurteilung einfach abzulehnen, sondern zunächst alles Für und Wider genau zu prüfen und sich dann bemühen, eine Form zu finden, die den allgemeinen Interessen des Verbandes am besten entspricht, wobei auf Einzelfälle allerdings nicht immer Rücksicht genommen werden kann.

Bafodre.

Gautag im Gau Nordosten.

Der Gauvorstand hatte zum 27. Mai den Gautag nach Potsdam einberufen. Bereits am 26. Mai hatte sich schon der größte Teil der Delegierten eingefunden, um froh vereint mit der Potsdamer Kollegenschaft ein paar fröhliche Stunden zu verleiben. Die „Typographia“ verschönte diese Stunden durch ihren Plogang. Dieses Zusammensein wird manchen Kollegen noch lange im Gedächtnis bleiben. Den Potsdamer Kollegen sei auch an dieser Stelle nochmals gedankt.

Der Gautag selbst begann am 27. Mai, 1/2 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. Kollege Lemser.
2. Kassenbericht. Kollege Weiser.
3. Situationsberichte der Zahlstellen und Gauorte.
4. Unsere Tarif- und Lohnpolitik. Kollege Priemer-Berlin.
5. Der Verbandstag in Düsseldorf. Imhof-Berlin.
6. Anträge, den Gau betreffend.
7. Allgemeines.

Kollege Lemser begrüßte die vollzählig erschienenen Delegierten und schilderte kurz die Verhältnisse der Zahlstelle Potsdam. Zur Leitung des Gautages wurden gewählt als Vorsitzende die Kollegen Priemer-Berlin und Thies-Potsdam, zu Schriftführern die Kollegen Petermann-Berlin und Polnow-Stettin. Anwesend waren 17 Delegierte aus 10 Zahlstellen und drei Delegierte aus drei Gauorten, vier Orte waren nicht vertreten. Der Gauvorstand war durch fünf Mitglieder vertreten.

Zum Punkt 1 erstattete Kollege Lemser den Geschäftsbericht über die letzten drei Jahre. Er schilderte die Tätigkeit des Gauvorstandes sowohl, wie die besonderen Verhältnisse im Gau selbst. In der zweiten Hälfte des Jahres 1925 hatten wir eine große Arbeitslosigkeit, und am Jahresende zählten wir 12 Proz. Arbeitslose und 21 Proz. Kurzarbeiter. Die Wirtschaftskrise hielt auch im Jahre 1926 noch an, sie erreichte ihren Höhepunkt mit einer Arbeitslosigkeit von 18 Proz. und einer Kurzarbeit von 40 Proz. Trotzdem blieb unser Mitgliederbestand stabil, wir konnten sogar am Schluß der letzten Jahre, da sich die Konjunktur besserte, eine Erhöhung der Mitgliederzahlen fast in allen Zahlstellen und Gauorten konstatieren. In Stettin, Kottbus und Frankfurt a. d. O. ist noch eine große Zahl organisationsfähiger Berufsangehöriger vorhanden. In Potsdam, Spremberg und Sorau sind unsere Kollegen und Kolleginnen fast reiflos organisiert. Von unserer Seite ist nichts unversucht gelassen worden, die Organisation in allen Orten weiterzubringen. Leider muß festgestellt werden, daß uns nicht immer das nötige Verständnis von den örtlichen Funktionären entgegengebracht wurde, wenn am Orte eine Veranlassung zwecks Agitation notwendig war. Die Arbeitsverhältnisse sind fast durchweg durch Reichstarife geregelt. Der Beschluß des Stettiner Gautages betr. Beihilfs- und Jugendbewegung hat gut eingeschlagen, es sind an allen größeren Gauzahlstellen Jugendgruppen gebildet worden, die auch gut gehen.

Den Standpunkt des ADB, die Jugendbewegung zu zentralisieren, hat sich auch der Gauvorstand zu eigen gemacht. Es muß jetzt schon darauf hingewirkt werden, daß bei Jugendtreffen oder sonstigen Veranstaltungen Spartaken eingerichtet werden, um die Jugendlichen an Selbständigkeit auch in dieser Hinsicht zu gewöhnen, da die Kassen der Ortszahlstellen unmöglich solche Kosten in ihrer Gesamtheit tragen können. Kollege Lemser gab dann noch bekannt, daß Könnigsberg als Bezirkszahlstelle ausgebaut wurde. Der Bezirk tut sein bestes, um die Organisation vorwärtszubringen. In den Jahren 1926 und 1927 wurden dort Bezirkstage abgehalten, die durch das enge Zusammenarbeiten der einzelnen Orte im Bezirk Gutes zeitigten. Durch Stilllegung von Betrieben in Köslin und Jossen sind uns 30 Mitglieder verlorengegangen.

Anschließend gab dann Kollege Weiser den Kassenbericht.

In den dann folgenden Situationsberichten aus den einzelnen Orten wurden besondere Vorkommnisse zur Sprache gebracht und damit zum Teil der Bericht des Kollegen Lemser ergänzt.

Zum Punkt „Unsere Tarif- und Lohnpolitik“ referierte Kollege Priemer. Er wies in seinem Referat darauf hin, daß sich der Verbandstag mit der Tarifpolitik befassen und darüber schlußfäßig werden wird, ob die seither beobachtete Tarifpolitik beibehalten werden kann. Es ist Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, dafür zu sorgen, daß die bestehenden Tarife eingehalten werden. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Der hierzu gestellte Antrag, die Verlegung Greifswalds von Ortsklasse 4 nach Ortsklasse 3 dem Tarifausschuß zu überweisen, wurde angenommen, ferner auch ein Antrag Stettin, der sich hauptsächlich mit der Lehrlingsausbildung und Entlohnung befaßt.

Kollege Imhof referierte nunmehr über den Verbandstag in Düsseldorf. Der Verbandstag steht im Zeichen der Stabilität. Es ist ein großer Unterschied zwischen den Verbandstagen vor und nach dem Kriege. Es wird nicht beabsichtigt, Beitragserhöhungen zu fordern. Der Verbandstag hat manches gutzumachen, unsere Organisation hat nicht nur Kämpfe zu führen, sondern auch für soziale und wirtschaftliche Unterstützung zu sorgen. Unsere Kolleginnen müssen auch das Opfer bringen, Beiträge für die Invalidenunterstützung zu leisten. Der Beirat hat keine Griffenberechtigung mehr. Die Frage der Reichstarifverträge und des Schlichtungswesens wird Gegenstand ausführlicher Debatten sein. Für die Jugend brauchen wir Kollegen, die diese zusammenhalten und sie beruflich zu einem tüchtigen Nachwuchs heranbilden. Die Frauenagitation muß noch weiter ausgebaut werden. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil für seine allgemeinerfäudlichen Worte. — Die Kollegen Müller-Kottbus und Lemser ergänzten die Ausführungen Imhofs in einigen Punkten. Imhof betonte in seinem Schlußwort die Notwendigkeit, auf dem Verbandstag Personen in die einzelnen Kommissionen zu wählen, die veraltungstechnisch bewandert sind.

Als Kandidat für den Verbandstag wurde vom Gautag Kollege Lemser einstimmig aufgestellt.

Zum Punkt „Anträge, den Gau betreffend“ liegen drei Anträge des Gauvorstandes und ein Antrag Frankfurt a. d. O. vor, außerdem noch ein Antrag Goppich-Sorau. Letzterer beantragt, daß alle Zahlstellen und Einzelorte dem Ortsausschuß des ADB angehören müssen. Nachdem Kollege Priemer darauf hingewiesen hatte, daß das selbstverständlich sei, wurde der Antrag zurückgezogen. Kollege Weiser begründete die Anträge des Gauvorstandes betreffs der Gaubeiträge der Zahlstellen und der Einzelorte. Die Zahlstellenkonferenz in Kottbus hatte beschlossen, 3 Proz. der Beitragseinnahme als Gaubeitrag zu leisten, dadurch hatte sich die Einnahme der Kasse gehoben. Kollege Weiser sah wiederum 3 Proz. für die Zahlstellen vor. Einzelmittglieder sollten 10, 15 und 20 Pf. zahlen. Zu den Unterstützungen soll ein Zuschuß von 25 Proz. geleistet werden. — In der Diskussion wandten sich verschiedene Kollegen hiergegen. Müller-Kottbus machte den Vorschlag, 1 1/2 Proz. zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Zu den Verbandsunterstützungen soll ein Zuschuß von 25 Proz. gezahlt werden, außer in Ostpreußen. Ein Antrag Frankfurt a. d. O., einen besoldeten Gauleiter anzustellen, wurde angenommen. Ebenso wurde ein Antrag Wulp-Stettin angenommen, nach dem ausgeschriebene Extrabeiträge obligatorisch sein sollen. Zum Tarifausschußmitglied für den Gau Nordosten wurde Kollege Priemer einstimmig in Vorschlag gebracht.

Unter Allgemeines brachten die Kollegen Goppich-Sorau und Sichel-Tillit Fälle vor, daß Buchbinderarbeiten in Gefängnissen und Schulen hergestellt werden. Kollege Priemer gab noch bekannt, daß die Potsdamer Kollegen für den zweiten Feiertag eine Dampferpartie vorgesehen hätten. Er erfuhr von zahlreicher Beteiligung. Ferner wird am dritten Feiertag das Wittensteinhaus in Tempelhof und das Buchdruckerhaus besichtigt. In seinem Schlußwort sprach Kollege Priemer den Delegierten den Dank für gute Mitarbeit aus, er hofft, daß die heute geleistete Arbeit in den Zahlstellen und Einzelorten Früchte tragen werde. Mit einem Hoch auf den Verband wurde der Gautag geschlossen.

5. Petermann.



Aus der Sozialversicherung



Aus der Städte dumpfen Banden.

Aus der Städte dumpfen Banden,
aus des Alltags Schlaverei
wächst der Ruf in allen Länden:
Wachet auf, der Mensch ist frei!

Wollt ihr denn die Zeit verpassen,
wo die Sonne rollt und glüht?
Tragt ihr Leuchten in die Gassen,
daß die ganze Stadt erblüht!

Lacht uns froh und heiter werden!
Seht, schon fällt der morsche Stein!
Neuer Frühling zieht auf Erden
hell und unvergänglich ein.

Lacht uns seine Fahne tragen,
raufschend von des Herzens Schwung;
denn es flammt aus Not und Plagen
jungen Bluts Begeisterung!

15 Jahre Volksfürsorge.

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongress im Jahre 1905 beantragten die Erfurter Labarbeiter und die Dresdener Bureauangestellten, der nächste Gewerkschaftskongress solle sich, evtl. unter Bestellung eines sachverständigen Referenten, näher mit der privaten Volkssversicherung befassen. Wurde dieser Antrag auch abgelehnt, dann ist er doch ein Beweis dafür, daß in der Arbeiterschaft frühzeitig Stimmen laut wurden, die die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam machten, wie die Volkssversicherung von vielen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften und deren Agenten betrieben wurde. Die Versicherungswilligen wurden in unzähligen Fällen mit den unlausteren Mitteln und den unhaltbarsten Versprechungen zu Abschlüssen beschwagt, ohne daß Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse genommen wurde. So konnte es nicht ausbleiben, daß ein großer Teil dieser durch Gewaltwerbung abgeschlossenen Versicherungen infolge Zahlungsunfähigkeit verfiel. Die Versicherten verloren auf diese Weise ihre Ersparnisse, und ihr Unmut richtete sich gegen die betreffenden Gesellschaften. Es sei dahingestellt, ob diese durch den vorzeitigen Verfall Hunderttausender von Versicherungen einen nennenswerten Gewinn erzielten, die Verluste der Versicherten jedenfalls waren ungeheuerlich.

Aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft, von namhaften Sachverständigen auf dem Gebiete des Versicherungswesens und von Sozialpolitikern kamen die ersten Anregungen für eine Reform der Volkssversicherung. Darüber war man sich allerdings klar, daß zu einer grundlegenden Reform nur der Weg der Selbsthilfe führen konnte. So entstand der Gedanke, ein eigenes Versicherungsunternehmen auf solider Grundlage zu errichten, daß die Gewähr einer guten und billigen Lebensversicherung für alle Bevölkerungskreise bot. Ein Werk genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Solidarität sollte entstehen.

Die eingesetzte Studienkommission, der von den Gewerkschaften Bauer, Leipzig, Raepfow, Schliche, Robert Schmidt, Umbreit und Hué, von genossenschaftlicher Seite Kauf-

mann, Lorenz, von Elm, Turnau und Dr. Müller angehörten, ging nun daran, dem Gedanken die Tat folgen zu lassen. Der achte ordentliche Genossenschaftstag in Leipzig und der achte Gewerkschaftskongress in Dresden, beide im Juni 1911, erklärten sich im Prinzip mit der Gründung einer auf paritätischer Grundlage beruhenden Versicherungseinrichtung einverstanden. Der erste Schritt war getan.

Im Juni 1912 tagte in Berlin der neunte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Adolf von Elm behandelte in einem ausführlichen Referat die Vorarbeiten zur Gründung der neuen Versicherungsgesellschaft. Der Vertreter der damaligen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sagte solidarisches Zusammenarbeiten am gemeinsamen Werke zu. Nach verschiedenen Verhandlungen mit dem Aufsichtsamt für Privatversicherung konnte dann am 16. Dezember 1912 die Gründungsversammlung der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungsaktiengesellschaft

stattfinden. Sitz des neuen Unternehmens wurde Hamburg. Nachdem am 6. Mai 1913 durch Senatsentscheid des Aufsichtsamts die Volksfürsorge zum Betriebe der Lebensversicherung im Deutschen Reich zugelassen wurde und im selben Monat die Eintragung der Firma in das Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts erfolgte, beschloß Vorstand und Aufsichtsrat, den Geschäftsbetrieb am 1. Juli 1913 zu eröffnen.

Wie alle Zweige der modernen Arbeiterbewegung in den Anfangsjahren ihres Bestehens hart zu ringen hatten, so blieben auch der Volksfürsorge Kämpfe nicht erspart. Teile der Privatkonzurrenz standen mit „nationalen“ und „christlichen“ Kreisen und nicht zuletzt auch mit „gelben“ Verdächtigen der Volksfürsorge in trauriger Harmonie zusammen, um dem jungen Unternehmen das Lebenslicht auszublauen. Die Volksfürsorge aber wehrte sich, und mit tätiger Anteilnahme standen ihr die organisierte Arbeiterschaft und vor allem die Arbeiterpresse zur Seite. 15 Jahre Volksfürsorge, das heißt 15 Jahre zähen Ringens und Kämpfens, heißt Aufstieg eines Arbeiterunternehmens; 15 Jahre Volksfürsorge zeigen aber auch, daß Vertrauen zur eigenen Kraft stets den Erfolg verbürgt.

Die Kriegs- und Inflationszeit brachte der Volksfürsorge neue Hemmnungen und ungeheure kaum zu bewältigende Schwierigkeiten, doch zäher Arbeit und schneller Anpassung an die sich fortwährend verändernden Verhältnisse gelang es, auch diese zu überwinden. Die Volksfürsorge war die einzige Versicherungsgesellschaft, die nach Beendigung der Inflation (November 1923) ihren Versicherungsbestand auf die neue Währung umstellen konnte. Seitdem hat die Volksfürsorge große erfreuliche Fortschritte gemacht. Mit rund 1 Million Versicherten konnte sie ins Jahr 1928, in dem sie auf ein 15 jähriges Bestehen zurückblicken kann, eintreten. Gegenwärtig werden monatlich etwa 50 000 Versicherungsanträge eingebracht. Arbeiten wir weiter daran, damit die Volksfürsorge die alleinigige Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft wird.

Die hohen Beiträge der Krankenkassen.

Vergleiche über die Beiträge anzustellen, die die Krankenkassen in der Vorkriegszeit und jetzt erheben, sind müßig, wenn die Feststellung darüber unterbleibt, warum die Krankenkassen bedeutend höhere Beiträge erheben. Ob man dabei von den Verhältnissen der einzelnen Krankenkassen oder von den Ergebnissen der gesamten Kassen ausgeht, ändert die Sachlage nicht. Die Einnahmen an Beiträgen betragen nach der reichsamtlichen Statistik

im Jahre 1914 insgesamt 523,8 Mill. M.

im Jahre 1926 insgesamt 1311,0 Mill. M.

Dabei ist zu beachten, daß 1914 15,6 Millionen, 1926 aber 18,2 Millionen Versicherte vorhanden waren. Die Beiträge sind um 150 Proz. gestiegen.

Neben den Beiträgen findet sich auch für die Ausgaben der Krankenkassen die gleiche und noch höhere Steigerung.

Die Kassen haben ausgegeben in Millionen Mark:

| | 1914 | 1926 | Steiger. Proz. |
|--------------------------------|-------|------|-------------------|
| für Krankenbehandlung . . . | 116 | 324 | 180 |
| „ Arznei- und Heilmittel . . . | 58 | 155 | 167 |
| „ Krankenhauspflge . . . | 63 | 188 | 200 |
| „ Krankengeld, Hausgeld . . . | 183 | 458 | 150 |
| „ Fürsorge für Genesende . . . | 0,292 | 6 | 200 |
| „ Wochenhilfe | 12 | 63 | 425 |
| „ Sterbegeld | 10 | 15 | 50 |
| „ Verwaltungskosten | 47 | 91 | 93 |

Diese Vergleichsübersicht läßt keine Zweifel darüber aufkommen, daß sich die höheren Beiträge durch den Ausbau der Versicherung erklären. Man kann nicht auf der einen Seite über die hohen Sozialbeiträge klagen, und in einem Zuge weiter davon reden, daß die Krankenkassen für die Versicherten nur das Minderwertigste übrig hätten. Wenn die Krankenkassen z. B. mit den Wertigen Arzneiverordnungen s. B. herausgeben, um einige Ordnung auf dem Arzneimittelmarkt hinsichtlich der Berordnungsweise für sich und die Kassen zu schaffen, dann können diejenigen das den Kassen nicht verüben, die die hohen Beiträge kritisieren. Es gibt nach Angaben der Apothekerpreise 22 000 verschiedene Medikamenten. Daß deshalb in der Berordnungsweise eine bestimmte Regelung getroffen werden muß, leuchtet ohne weiteres ein. Deshalb sollen die Rechte der Versicherten keinesfalls geschnürt werden. Ist ein bestimmtes Arzneimittel nicht zugelassen, dann wird die Krankenkasse die Kosten nicht abdecken, wenn der Arzt die Anwendung des Medikaments für unbedingt notwendig hält. Diese Regelung der Arzneiverordnung ist jedenfalls keine Maßnahme, die nur aus Rücksicht auf die Finanzen der Kassen erfolgt, sondern sie ist geboten, da der Arzneimittelmarkt immer mehr überflutet wird.

Die Verwaltungskosten der Krankenkassen hatten jeder Kritik stand. Im Jahre 1914 wurden etwa 10 Proz., im Jahre 1926 nur noch 7 Proz. von der Gesamtausgabe für Verwaltungszwecke verwandt. Werden Vergleiche gezogen, denn zeigt sich, daß z. B. die Ersatzkassen 12 bis 18 Proz. für Verwaltungszwecke ausgeben. Andere Verwaltungskörperchaften ähnlicher Art haben bedeutend höhere Verwaltungskosten als die Ortskrankenkassen. Wer die Frage stellt, ob die Reichsversicherung noch sozial ist, hat so wenig Einblick in das Wesen und Wirken der Krankenkassen, daß es notwendig ist, vor solcher Frage die Dinge doch etwas gründlicher zu prüfen.

Die Erwerbslosenunterstützung ist weiter zu zahlen, wenn ein Antrag auf Gewährung der Invalidenrente abgelehnt wurde.

Der Kläger bezog ab 5. Juli 1927 Erwerbslosenunterstützung. Auf Grund einer Untersuchung durch den Vertrauensrat des Arbeitsamts wurde dem Kläger mit Wirkung vom 12. Oktober 1927 die Er-

Buntpapiere.

Von P. Kersten.

II.

Als die moderne Stilbewegung in Deutschland einsetzte (1897—1900), war es damals nur eine einzige deutsche Buntpapierfabrik, die einen Fachmann gewann und in den drei Jahren seines Wirkens dort eine Menge eigenartiger Marmor- und lithographierter Papiere herausbrachte, die Aufsehen erregten, so daß der Nachfrage damals kaum nachgegeben werden konnte. Auch war sie die erste Fabrik, die moderne Dessinvorlagpapiere herstellte. Die ersten modernen, eigenartigen Marmorpapiere erschienen 1889 als Marmor „Jugend“ der Aktiengesellschaft der Buntpapierfabrikation in Aichaffenburg. Erst durch das Erscheinen dieser Neuheiten wurden die anderen Fabriken angeregt, ebenfalls Neues auf den Markt zu bringen. Künstlerische Dessin-Vorlagpapiere brachte die Lithographische Anstalt von C. Hochdanz-Stuttgart, Busch-du-Fallos Söhne in Krefeld, die Kunstanstalt von Neer u. Seitz in München (nach Entwürfen von Professor Otto Hupp), die Gebrüder Saager in München, letztere nach Abdrücken altvenezianischer Druckstöcke. Modern empfundene Marmor- (Tunt-) Papiere, allerdings mehr als Studienblätter, brachte der bekannte leider zu früh verstorbene Otto Edmann heraus. Zu gleicher Zeit schuf ganz unabhängig von ihm fast die gleichen Muster der bekannte Kunstbuchbinder Anker Nyström in Kopenhagen. Es waren mit blumenartigen Gebilden durchsetzte Marmorpapiere, die unter dem Namen „Blumenmarmor“ später industriell angefertigt wurden. Im 1900 tauchten die sogenannten Leistikow-Marmorpapiere auf. Es waren das mit Delfarben auf Wassergrund hergestellte Tuntpapiere, die von den Geschwistern des Berliner Malers Walter Leistikow, dem Kaufmann Ernst Leistikow und dessen Schwester Gertrud angefertigt wurden. Beide konstruierten einen Apparat, um diesen Delfarben-Marmor auch auf endlosem Rollenpapier herzustellen. Die Firma Felber u. Co. in Düren stellte dieses Papier für den Handel her. Die Erfindung solchen Delfarben-Marmors stammt bereits aus dem Jahre 1869 von dem Engländer Tuder.

Eigenartige Marmorpapiere in der Art gestochener Köpfe und Bordüren schuf der 1917 in Berlin verstorbene Marmorierlehrer Josef Hauptmann. Josef Hauptmann war auch der Schöpfer einer neuen Marmorier-technik; er nannte sein neues Verfahren „Marmorieren ohne Grund“. Er spritzte Tropfen von mit Galle verfestigten Marmorfarben auf vorher in Wasser eingeweichtes, dann mit Mannlösung überfahrenes Papier, wodurch sich protuberanz- und sternartige Gebilde formten.

In der Anfertigung von Buntpapieren im Kleisterverfahren haben sich die Buchbinder Anker Nyström in Kopenhagen, Nessum in Oslo u. a. hervorgetan, ohne daß diese Papiere über das rein handwerkliche hinausragten. Erst die Gattin des Prof. Peter Behrens, Frau Ullrich Behrens in Neubabelsberg, brachte einen künstlerischen Zug in die Technik der Kleisterpapiere. Auch die Papiere des Hamburger Buchbinders W. Rauch atmen künstlerischen Geist. In Papieren in Aufspritztechnik hat der Buchbinder H. Niebler, Regensburg, interessante Papiere geschaffen. Auch die auf lithographischem Wege nach Entwürfen Erich Gruners und Prof. Steiners-Prag hergestellten „Mispapier“ von Weiskner u. Buch, Leipzig, ferner die Handon-Papiere, die Hans Doenges-Wiesbaden (jetzt München), und Künstler wie Praetorius u. a. geschaffen haben, sind hier zu nennen. Die ornamentalen Kleisterpapiere von Ottilie Volkhard-Leipzig und die ähnlichen von Frä. Otto-Berlin mit ihren rototartigen Schnörkeln dürfen nicht vergessen werden. Ferner sind noch zu erwähnen die von dem bekannten Münchener Buchdruckfachmann, dem jetzigen Direktor an der Gewerbeschule in München, Paul Kemner, entworfenen und maschinell hergestellten „Kemner-Papiere“. Nicht zu vergessen sind die Münchener „Greiff-Papiere“, die von Rasche Unger und Hanna Girtl, Berlin, die „Fama-Papiere“ von Erich Braunhard, Leipzig, die „Viktor-von-Zabern-Papiere“, Mainz, die B.G. Papiere der drei Künstler Beyer, Preußner und Stasemann, das „Gromo-Papier“ von Karl Großmann, die Papiere der „Künstlerpresse“ in Dresden, die „Aufspritz-Kleister-Papiere“ der Berliner Künstlerin Käthe Baumann-Steiner, die jahrelang unübertroffen waren und die famosen „Kiesel-Papiere“ der Kunstgewerblerin Käthe Gollwiz, Leipzig.

Aber alle diese hier eben genannten Papiere, die doch Erzeugnisse unserer Zeit sind, wo sind sie geblieben? Man findet sie heute kaum noch im Handel; sie sind von neueren und neueren, besseren und geschmackvolleren Buntpapieren übertroffen worden. „Das Bessere ist der Feind des Guten.“

Vor einigen Jahren noch wäre es kaum möglich gewesen, daß jemals eine solche Menge von Buntpapieren in bestem Geschmack und bester Farbenfreudigkeit, kurz von höchstem künstlerischen Wert auf dem Markt erscheinen würde. Ganz besonders hat die neueste Zeit eine Menge hochwertiger Buntpapiere aufzuweisen, die reine deutsche Erzeugnisse darstellen. Kein Land hat bisher solche eigenartigen, hochkünstlerischen Papiere geschaffen. Sehr gute, eigenartige Papiere sind das „India-Pergament“ von Thunert u. Heinig, Leipzig, und das „Mecota-Pergament“ von P. Hffel u. Co., Leipzig. An Marmorier-Tuntpapieren ist das von Päg in Düsseldorf-Eller hergestellte Tuntpapier, das unter dem Namen „Düba-Papier“ bekannt ist, zu nennen.

Mit zu den eigenartigsten aller neuen Papiere zählen die baufertigen Javanischen Papiere der „Butag“ in Neubabelsberg-Berlin. Diese aus äußerst haltbarem Rohstoff gefertigten Papiere sind in der echten javanischen Batik-Webtechnik in Verbindung mit der Farbaufspritztechnik hergestelt. Die Verwendung dieser Papiere ist eine unbefrante, da alle Muster sowohl für große, als auch für kleinste Flächen benutzt werden können. Da sich diese Papiere infolge der Batiktechnik gegen Licht durchscheinend verhalten, sind sie auch für Zwecke mit Lichteffekten in illuminiender Art prächtig zu verwenden.

Ganz hervorragend in Art der Kleisterfarben-technik hergestelt, höchst geschmackvolle Papiere sind die „Abis-Papiere“ der Firma Theo Paul Hermann, Leipzig. Auch die in der gleichen Technik hergestellten, reich gemusterten „Kahau-Papiere“ von O. Hauschild in Stuttgart verdienen eine besondere Würdigung.

Entzückende Papiere von hervorragender Erfindungs- und in unglaublich vielseitiger ornamentaler Gestaltung sind die Papiere von Anne-Marie Zrmir in Berlin-Dahlem. Diese Künstlerin war die erste, die vor etwa sechs Jahren bereits die Schablonier-technik mit der Aufspritztechnik in Verbindung brachte und damals schon Bewunderung mit ihren Papieren erregte, die ornamental und farbig die geschmackvollsten Buntpapiere unserer Zeit sind. Inzwischen hat sie ihre Technik mit der lithographischen Technik verbunden und ihre Entwürfe, ihre ornamentalen Ideen im Stile der neuesten Zeit, man kann wohl sagen: modern, hypermodern, futuristisch, kubistisch und im Sinne des Konstruktivismus, aber stets ornamental sowie farbig höchst geschmackvoll gestaltet.

Diesen Papieren gleichzustellen sind die Beta-Papiere der Großbuchbinderei Hübel u. Dend in Leipzig. Diese ganz ausgezeichneten Papiere rühren von Paul Klein, dem Buchkünstler der Firma Hübel u. Dend her. Herr Klein ist der 1. Vorliegende des Jacob-Krause-Bundes. Diese Beta-Papiere sind ebenfalls in Art der kombinierten Schablonier- und Spritztechnik, ornamental abweichend von den Zrmir-Papieren, in farbenfreudiger Art hergestelt.

Auch die Leipziger Buchbinderei A.G., vormals O. Fritzsche, ferner die Buchbinderei von H. Sperling und die Spamerische Buchbinderei fertigen ähnliche Buntpapiere an. Sehr geschmackvolle Künstler-Buntpapiere nach Entwürfen der Graphik-Klassen der Kunstgewerbeschule Berlin-Charlottenburg fertigt neuerdings die Firma Walter Birte, Berlin, an. Die bereits erwähnte Künstlerin Käthe Baumann-Steiner fertigt neuerdings ganz famose sog. schottische Muster an. Ganz ausgezeichnete Marmor-Tuntpapiere mit Goldbronzeeffekten stellt die Berliner Buchbindermeisterin Maria Lühr her. Auch wohl fast alle Buchbinderfachklassen der verschiedenen Schulen beschäftigen sich seit Jahren mit der Herstellung von Buntpapieren.

Internationales.

Tschechoslowakei.

Der Verband der Buchbindergehilfen (Sitz Prag) hielt am 27. und 28. Mai in Prag seinen Verbandstag ab. Die Verhandlungen fanden im Gemeindehaus statt, einem städtischen Gebäude, das insonderheit repräsentativen Zwecken dient und

deshalb sehr vornehm gehalten ist. Außer den Vertretern der Verbandsleitung waren 61 Delegierte, darunter drei weibliche, anwesend. Als Gäste waren erschienen: der Vertreter der Landesorganisation, Kollege Teyerle; für den deutschen Verband: Kollege Hauelsen; für den österreichischen Verband Kollege Wilhelm und Kollegin Krassa. Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter hatten einen Vertreter entsandt, während die Buchdrucker über die Pfingsttage selbst eine Konferenz abhielten und deshalb von einer Vertretung absahen.

Aus dem Geschäftsbericht, der dem Verbandstag auch in deutscher Sprache gedruckt vorlag und der von dem geschäftsführenden Sekretär, dem Kollegen Koudelka, in mündlichem Vortrag ergänzt wurde, ist zu entnehmen, daß die Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakischen Republik und damit auch der Verband der Buchbinder sehr stark unter der leidigen gewerkschaftlichen Zersplitterung der Arbeiter zu leiden hat. Infolge der politischen Zerrissenheit der Arbeiterschaft sei auch ein lichter Ausblick für die Zukunft noch nicht vorhanden. Trotzdem war es möglich, in den letzten Jahren einen Zuwachs an Mitgliedern zu erzielen. Während der Verband 1924 2357 Mitglieder zählte, ist sein Bestand am Ende des Jahres 1927 auf 2665, darunter 1696 weibliche, gestiegen. Von den Mitgliedern entfallen auf Böhmen 2012, auf Mähren 422, auf Schlesien 27, auf die Slowakei 181 und auf Karpathenabland 23.

Das Finanzgebahren des Verbandes wird als ein befriedigendes bezeichnet. Das Vermögen des Verbandes beträgt ausschließlich des Kampffonds, über den eine öffentliche Abrechnung nicht gegeben wird, rund 250 000 Kronen (1 Krone = 12,5 Pf.). Der Kampffonds konnte trotz der erheblichen Aufwendung für teils sehr lange dauernde Streiks gut dotiert werden, so daß der Verband wohlgerüstet kommenden Kämpfen um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen entgegensehen kann. Der Bericht führt Klage über den starken Zustrom von Arbeitskräften aus der Provinz nach Prag, wodurch die schon ohnehin nicht guten Lohnverhältnisse gefährdet werden.

Um eine bessere Vorbereitung für die künftigen Tarifverhandlungen zu erlangen, soll eine Kommission, in der die einzelnen Länder vertreten sind, in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand des Eriorderliche veranlassen. Dadurch sollen nicht nur die Belange der Provinz gefördert, sondern auch der Einfluß des Verbandes auf die ferneren Verhandlungen mit den Unternehmern gestärkt werden. Daß der Verband jetzt schon die Führung bei Lohnbewegungen hat, wird dadurch bewiesen, daß z. B. die nationalsozialistische Organisation nach halbstündiger Verhandlung mit den Unternehmern nichts anderes zu erreichen vermochte, wie das unterschriftlich zu vereinbaren, was der freie Verband in tagelangen Verhandlungen erstritten hatte.

In den Verhandlungen des Verbandstages nahmen die Bestrebungen der Verschmelzung mit der „Graphischen Union“ (Sitz Reichenberg) einen breiten Raum ein. Von der Verbandsleitung wurde an Hand der den Delegierten ausgefolgten Unterlagen ein eingehender Bericht über den Stand der Verschmelzungsfrage erstattet. Dabei wurde festgestellt, daß die am 20. Mai stattgefundenen Verhandlungen wieder ein greifbares Resultat nicht gebracht hätten. Der letzte dort gemachte Vorschlag gehe dahin, bei der Vereinigung beider Verbände die Beiträge in vollem Umfange in Anrechnung zu bringen, wodurch die Mitglieder der Zentrale Reichenberg alle Rechte aus dem Statut der Prager Zentrale erlangen. Es soll ein Sekretär angestellt werden mit dem Sitz in Reichenberg, der der deutschen und der tschechischen Sprache mächtig sei. Auch die Herausgabe einer eigenen Zeitung sei in Aussicht gestellt und auch das Zusammenwirken in tariflichen Fragen. Alle Redner, die sich an der Aussprache beteiligten, brachten zum Ausdruck, daß man an den leitenden Stellen doch endlich die Einigkeit, an deren Mangel die Kollegenschaft leide und die Unternehmer ihre heße Freude hätten, herbeiführen möge. Kollege Hauelsen brachte die Stellung der Internationalen Buchbinder-Föderation hierzu zum Vortrag. Er

wies dabei insbesondere auf den Beschluß des Leipziger Kongresses hin. Die Auffassung der Repräsentantschaftskommission sei, daß, wenn sich aus den seit längerer Zeit geführten Verhandlungen ergeben sollte, daß eine Einigung aus nicht klar ersichtlichen Gründen verhindert werden sollte, sie erneut prüfen müsse, ob eventuell der Beschluß von Leipzig, wonach nur von jedem Lande eine Organisation anerkannt werden könne, wie dieses ja auch schon das Statut der IBF. besage, in die Tat umgesetzt werden soll.

Die Beratungen des Statuts und des Unterstützungsreglements fanden eine glatte Abwicklung, nachdem eine Kommission das ganze Material vorher durchgearbeitet hatte. Der Beitrag beträgt nunmehr im Höchstfalle 10 Kronen pro Woche. Dazu kommt noch ein außerordentlicher Beitrag von zwei Kronen monatlich. Bei einem Wochenlohn von 248 Kronen = 5,20 Kronen pro Stunde, bedeutet das zwei Stundenlöhne als Beitrag. Der Verband gewährt neben Streik- und Maßregelungsunterstützung noch Arbeitslosenunterstützung am Ort und auf der Reise, Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung und Begräbnisgeld.

Die Tagesordnungspunkte betr. wirtschaftliche und organisatorische Verhältnisse der Kollegenschaft in der Provinz und deren künftige Regelung durch Kollektivverträge ließen so recht die außerordentlich großen Schwierigkeiten erkennen, unter denen die tschechisch-slowakische Kollegenschaft zu leiden hat. Sie zu heben ist erst möglich, wenn eine einheitliche und geschlossene Arbeiter-schaft dem Unternehmertum entgegengestellt werden kann. Leider mangelt es an der Einsicht dafür noch sehr stark trotz der gedrückten Lage, unter der ohne Ausnahme alle seuzen, gleichgültig, welcher politischen, nationalen oder religiösen Anschauung sie huldigen mögen.

Die Wahlen zu den Vorstandskörperschaften vollzogen sich rasch und reibungslos. Für die Ortsgruppe Prag soll ein Kollege freigestellt werden und für das Zentralbureau soll ein deutschsprechender Kollege angestellt werden. Als Obmann des Verbandes wurde der Kollege Bauch der trotz seiner 71 Jahre die Verhandlungen des Verbandstages mit Umsicht leitete, wiedergewählt. Als leitender Sekretär wurde Kollege Koudelka und als Sekretär mit dem Sitz in Brünn Kollege Klubaal wiedergewählt.

Oesterreich.

Innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, die sich nach dem Umsturz von Jahr zu Jahr gefestigt hat, nimmt auch die gewerkschaftliche Buchbinderbewegung, wenn auch zahlenmäßig als kleine Organisation, eine beachtenswerte Stellung ein, die sich auch im Geschäftsjahr 1927 in ihrer Entwicklung gut behauptet hat. Allerdings dürften wir nicht annehmen, wie wir es von unseren Verbänden gewohnt sind, daß die Mitgliederzahl des dortigen Fachverbandes in die Zehntausende geht, denn dazu spielt das Buchbindergewerbe im österreichischen Wirtschaftsleben eine zu nebensächliche Rolle. Ausgesprochene Großbetriebe der Buchherstellung, wie z. B. in Leipzig und Berlin, gibt es dort überhaupt nicht, und selbst in Wien hat das Buchbindergewerbe kaum nennenswerte Betriebe, die das Fach großartig betreiben, wie wir sie in den deutschen Großstädten fast überall finden. Dazu kommt noch, daß in Oesterreich viele zur Papier verarbeitenden Industrie zugehörige Arbeiter nicht der Buchbinderorganisation, sondern anderen Verbänden angeschlossen sind. Trotz dieser Umstände aber weist der Bericht über den allgemeinen Stand der gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich, den die dortige Gewerkschaftskommission soeben veröffentlicht, auch der Buchbinderbewegung eine fortschreitende Entwicklung zu. So sind u. a. in den acht Ortsgruppen, die der Zentralverband umfaßt, 1764 männliche und 3489 weibliche Berufszugehörige gewerkschaftlich organisiert. Das sind zusammen 5253 Mitglieder. Die größte Zahl der Mitglieder hat Wien selbst aufzuweisen mit 1499 männlichen und 3191 weiblichen Verbandsangehörigen. Der Mitgliederbestand der Provinzstädte und Länder ist nur in Oberösterreich mit sechs

Gruppen und 491 männlichen und 178 weiblichen, zusammen 669 Mitgliedern, und in Steiermark mit fünf Gruppen und 737 männlichen und 267 weiblichen, zusammen 1007 Mitgliedern, beachtenswert. In den übrigen Ländern, in denen sich nur je eine Gruppe befindet, ist der Mitgliederbestand ziemlich unerheblich. U. a. weisen da auf: Niederösterreich (ohne Wien) 33 männliche, 23 weibliche Mitglieder; Kärnten 30 männliche, 23 weibliche; Salzburg 32 männliche, 23 weibliche; Tirol 32 männliche, 30 weibliche und Vorarlberg drei weibliche Mitglieder. Im Burgenland gibt es keine Gruppe, sondern nur zwei Mitglieder, die dem Gesamtverbande zugehören. Die Gesamteinnahmen des Verbandes einschließlich des Saldo-bestandes von 23.231,72 Schilling vom 31. Dezember 1926 betragen im Geschäftsjahr 1927 229.720,53 Schilling, die Ausgaben 189.525,53 Schilling, so daß die Abrechnung für 1927 einen Kassenbestand von 40.195 Schilling aufzuweisen hat. Im Verhältnis zu diesen Einnahmen hat sich das Unterstützungs-wesen als sehr leistungsfähig erwiesen, wenn wir erwägen, daß an Arbeitslosenunterstützung allein 75.859,15 Schilling, an Krankenunterstützung 15.985 Schilling, an Invalidenunterstützung 11.871 Schilling, Reiseunterstützung 454,80 Schilling, Unterstützung in Notfällen 1001 Schilling und an Beihilfe in Sterbefällen 976 Schilling, zusammen also 105.246,95 Schilling ausgewiesen werden. Zudem verzeichnet der Verband noch 300 Schilling für Rechtsschutz, 5051,72 Schilling für Bildungszwecke und 12.750 Schilling als Ausgaben für das Verbandsorgan, also ebenfalls Aufwendungen, die den Mitgliedern zugute gekommen waren. Vorausgibt wurden für Agitation und Organisation 35.400,87 Schilling, sonstige Verwaltungskosten 18.466,82 Schilling, persönliche Verwaltungskosten 35.273,33 Schilling und sonstige Ueberweisungen und Ausgaben 8894,88 Schilling, zusammen 84.278,53 Schilling. Das Organ des Verbandes ist die frühere „Einigkeit“, jetzt „Buchbinder-Zeitung“ benannt, die in 8000 Auflage 14täglich erscheint und bereits im 37. Jahrgange steht. Karl Dopf.

Berichte.

München. Der kommende Verbandstag wirft seine Schatten voraus. In der am 23. Mai stattgefundenen Quartals-Generalsversammlung hatte die hiesige Kollegenschaft Gelegenheit, sich zu den zu stellenden Anträgen zum Verbandstag zu äußern. Nach Erledigung des Tätigkeitsberichts, erstattet vom Kollegen Faust, wobei dieser die Lohnverhandlungsperiode 1928 für München als abgeschlossen bezeichnete, sowie nach Entgegennahme des Stufenberichts, gegeben vom Kollegen Müller, ging die Versammlung zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Anträge zum Verbandstag“ über. Hierzu bemerkte einleitend Kollege Faust, daß es anerkennenswert sei, wenn verschiedene Kollegen durch aktive Mitarbeit ihr Interesse an den künftigen Verbandsgeschicken bekundeten. Fünf Anträge wurden allein vom Kollegen Kienle begründet. Daß diese allgemeinen Interesse bezeugten, bekundete das Für und Wider in der mandalinal lebhaft werdenden, doch sachlich geführten Diskussion. Besonders war es Kollege Müller, der dank seiner Erfahrungen vom letzten Verbandstag durch manch guten Rat für eine Revivierung oder bessere Abfassung eintreten konnte. Schließlich wurden vier von den gestellten Anträgen als gangbar für den Verbandstag fast einstimmig angenommen. Einstimmig angenommen wurde auch der vom Kollegen Müller ausgearbeitete Antrag auf Neuregelung der Lehrlingsausgabe. Sieben weitere vom Kollegen Liebhart gestellte Anträge lehnte die Versammlung als für den Verbandstag untauglich ab. Die von der Versammlung angenommenen Anträge werden auf dem Verbandstag als solche der Zahlstelle München bezeichnet werden. Alles in allem hat die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung gezeigt, daß die Münchener Kollegenschaft allen Ernstes gewillt ist, an der zeitgemäßen Besserung oder Abänderung der Verbandsangelegenheiten aktiv mitzuarbeiten, und es bleibt nur zu wünschen, daß das im August aufzunehmende Verbandsparlament den berechtigten Anträgen der Zahlstelle Rechnung trägt.

Odenburg. In der am 1. Juni stattgefundenen Versammlung erstattete Kollege Hellmann den Bericht von der Zahlstellenkonferenz in Hamburg. Kollege Lütke erlärte zum Bericht in Nr. 22 der „B.Z.“, daß von einer Einmischung des Stahlhelms in unserer Organisation nicht gesprochen werden kann, denn von

fämtlichen am Ort beschäftigten Kollegen gehört keiner dem Stahlhelm an, wenn derselbe hier auch sonst stark vertreten ist. Bei der nunmehr vorgenommenen Neuwahl des 1. Bevollmächtigten ergab sich eine überwiegende Mehrheit für den Kollegen Lütke. Von den am Ort beschäftigten 15 Lehrlingen gehören bis jetzt 10 der Organisation an, es soll versucht werden, diese zu einer Jugendgruppe zusammenzufassen. Mit der Funktion des Jugendleiters wurde Kollege Kolb betraut. Als Delegierter zum Verbandstag soll für den 6. Bezirk der Kollege Lütke vorgeschlagen werden. Vom Verbandstag erwartet die Versammlung, daß dieser die Einführung des Pflichtbeitrages ablehnt. Bei genügender Beteiligung soll am 24. Juni eine Dampferfahrt stattfinden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Gau Südbayern.

Wir berufen hiermit für Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr beginnend, nach München, Neben-zimmer des Gewerkschaftshauses, Pestalozzistraße 40, unseren

Gautag.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Gauvorstandes.
2. Tarif- und Lohnpolitik.
3. Der Verbandstag und die dazu gestellten Anträge.
4. Anträge, den Gau betreffend, und Verschärfendes.

Anträge, die den Gau betreffen, sind spätestens bis zum 14. Juni an die Gauleitung einzufenden.

Der Gauvorstand.

S. A.: Andreas Baer.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Lokalbeiträge für die Zahlstelle Frankfurt a. M.-Offenbach und für die Einzelmitglieder im Gau Hessen und Pfalz sind neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr in

| Beitragsklasse | I | | II | | III | | IV | | V | |
|----------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
| | fl. | pf. | fl. | pf. | fl. | pf. | fl. | pf. | fl. | pf. |
| | 5 | 10 | 20 | 30 | 30 | 30 | | | | |

Abrechnungen

von dem ersten Quartal 1928 gingen weiter bis zum 5. Juni bei der Verbandskasse ein von:

Göttingen 429,50 Mk., = Hanau 1000,— Mk., = Eichenach —,— Mk., Halle 2500,— Mk., Schmölln 100,— Mk., = Aue —,— Mk., Grimma 4064,59 Mk., Zittau 402,45 Mk., = Ansbach —,— Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Köslin, = Mühlhausen, = Großenhain, Zwickau, = Kirchheim-Teck, Troffingen.

Der Vorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Die Organisation der Arbeitsaufsicht.
Entscheidungen zu unseren Reichsarbeitsverträgen: Reichsarbeitslosentwurf zum VDB-Vertrag. Krise im Buchhandel.
Aus der Kartonnagenindustrie.
Unser Verband auf der Wiener-Presse-Ausstellung.
Stimmen zum Verbandstag: Die Invalidenunterstützung. — Der Pflichtbeitrag.
Gautag im Gau Nordosten.
Aus der Sozialversicherung: Aus der Städte dumpfen Banden. (Gedicht.) — 15 Jahre Volksfürsorge. — Die hohen Beiträge der Krankenkassen. — Die Erwerbslosenunterstützung ist weiter zu zahlen, wenn ein Antrag auf Gewährung der Invalidenrente abgelehnt wurde. — Sterbegeb. — Die Schweigepflicht in der Sozialversicherung. — Das Streitverfahren in der Sozialversicherung. — Sportunfälle und Krankenkassen. — Gebührenfreie Urkunden in der Reichsversicherung.
Buntpapiere. (Schluß).
Internationales: Tschemoslawat. — Oesterreich.
Berichte: München. — Odenburg.
Gau Südbayern.
Bekanntmachung des Vorstandes: Lokalbeiträge. — Abrechnungen.